

# Fairer Welthandel durch Freihandelsabkommen?



## Die entwicklungspolitische Bedeutung von TTIP und CETA

Entwicklungsländer sind an den Verhandlungen über die beiden Freihandelsabkommen nicht beteiligt. Sie scheinen auf den ersten Blick auch nicht betroffen zu sein. Gleichwohl dürfte die Abkommen erhebliche Auswirkungen auf sie und ihre Stellung im multilateralen Welthandelssystem haben. Den neu gesetzten Standards werden sich auch die Schwellen- und Entwicklungsländer auf Dauer nicht entziehen können. Als negative Konsequenzen sind unter anderem eine globale Deregulierung des Dienstleistungssektors und die Verlagerung von Handelsströmen zugunsten der großen Wirtschaftsböcke zu erwarten. Durch den umstrittenen Investorenschutz wird die Position internationaler Konzerne gegenüber nationalen Gesetzgebern weiter gestärkt; das behindert jedoch schon heute manchen Demokratisierungsprozess.



Jürgen Maier

**D**oha ist die Hauptstadt des extrem reichen Golfemirats Katar. Nach ihr ist die sogenannte „Doha Development Agenda“ benannt, im Deutschen bekannt als die „Doha-Runde“. Sie ist ein Relikt aus den seit vielen Jahren festgefahrenen Verhandlungen der Welthandelsorganisation WTO. Im Namen der Doha Development Agenda wollte die WTO Anfang des Jahrhunderts, bei der Ministerkonferenz in Doha 2001, eine neue Liberalisierungs- und Deregulierungsrunde des Welthandels einleiten. Seit Gründung der WTO 1995 versuchen EU und USA beharrlich, den Geltungsbereich der WTO-Verträge inhaltlich auszudehnen, mit den sogenannten „Singapur-Themen“ für eine umfassende Liberalisierung der Weltwirtschaft, die bei der ersten WTO-Ministerkonferenz 1996 in Singapur präsentiert wurden. Ausgerechnet die Entwicklungsländer wollten aber die von der EU und den USA erfundene Doha-Entwicklungsagenda nicht. Sie waren nämlich nicht damit einverstanden, dass eine Welthandelsorganisation sich nicht auf Handelsfragen beschränken soll, sondern auch noch bindende Regeln über Investitionspolitik,

Wettbewerbsrecht, die Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens oder die nahezu schrankenlose Liberalisierung des Dienstleistungssektors usw. aufstellen soll. Eine ständig weitergehende Liberalisierung und Marktöffnung über die bisher vereinbarten Bereiche hinaus findet nicht nur unter den Entwicklungsländern, sondern auch in der europäischen und US-amerikanischen Öffentlichkeit nicht viel Unterstützung. Deswegen verwenden die Regierungen in Europa und den USA so viel Energie darauf, ihre Handelspolitik vor der Öffentlichkeit möglichst geheim zu halten.



**Die EU und die USA streben nach Zementierung einer Welthandelsordnung, die ihren Interessen dient**

Genau an diesen Fragen scheiterte auch die nächste WTO-Ministerkonferenz 2003 in Cancún. Nach Cancún stieß der Multilateralismus an seine Grenzen. Die EU-Kommission, die europäischen Wirtschaftsministerien und der US-Handelsbeauftragte hatten er-

kannt, dass ihre Deregulierungsagenda in der WTO auf absehbare Zeit keine Chance auf Verwirklichung hat – sie ist weder mehrheits- noch gar konsensfähig. Sie waren aber nicht bereit, daraus die Konsequenz zu ziehen, ernsthaft an einer Welthandelsordnung zu arbeiten, die nicht nur ihren eigenen Interessen dient. Stattdessen kündigten die EU und die USA an, flankierend unterstützt von der damaligen rot-grünen Bundesregierung, jetzt verstärkt auf bilaterale Abkommen außerhalb der WTO zu setzen. Sie würden jetzt gleichwertig neben der multilateralen WTO-Handelspolitik verfolgt. Die Schuldzuweisung war für die Europäer und Amerikaner klar: Die uneinsichtigen Schwellenländer sind die Hauptschuldigen an der WTO-Blockade, nicht sie selbst. Seitdem passiert in der WTO fast nichts mehr.